

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Integrationskurse und Bekämpfung des Antisemitismus

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass das Thema Antisemitismus in den in Berlin durchgeführten Integrationskursen ausführlicher und angemessener behandelt wird. Dies soll neben der intensiven Behandlung der Themenbereiche „Geschichte des Staates Israels“ und der besonderen Bedeutung der deutsch-israelischen Freundschaft – vor dem Hintergrund der von Deutschen im 20. Jahrhundert begangenen Verbrechen – im Rahmen regionalgeschichtlicher Beispiele auch die Bereiche „Reiches jüdisches Leben in Berlin (heute und einst)“ und „Gefahren und Gründe des Antisemitismus in Berlin“ umfassen. Der Senat wird daher aufgefordert, dies mit einem entsprechenden Konzept umzusetzen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2019 zu berichten.

Begründung:

Gerade Berlin, dessen einst blühendes und reiches jüdisches Leben im letzten Jahrhundert zerstört wurde, steht in der Verantwortung für einen gesellschaftsweiten Kampf gegen den Antisemitismus. Der Antisemitismus nimmt in Berlin leider zu. Im vergangenen Jahr gab es im bundesweiten Vergleich in Berlin die meisten antisemitischen Straftaten pro Einwohner. Laut der Antwort auf eine schriftliche Anfrage aus dem Februar 2019 (Drs. 18/17929) hat die Berliner Polizei im Jahr 2018 324 Fälle mit antisemitischer Motivation erfasst und 440 Verfahren wegen des Verdachts von Straftaten mit antisemitischem Hintergrund sind im gleichen Jahr bei

der Staatsanwaltschaft Berlin und der Generalstaatsanwaltschaft Berlin eingegangen. Die Dunkelziffer liegt mit großer Wahrscheinlichkeit deutlich höher.

Antisemitismus ist häufig der erste Gradmesser einer Gesellschaft, die ihr Gleichgewicht verliert und ihre Aggressivität auf eine Gruppe fokussiert, um ihre eigene Unzufriedenheit zu kanalisieren. Steigender Antisemitismus ist der erste Schritt in eine steigende Diskriminierung auch anderer gesellschaftlicher Gruppen. Auch deshalb gilt der Bekämpfung des Antisemitismus besondere Aufmerksamkeit.

Der Kampf gegen Diskriminierung und Antisemitismus ist daher die Aufgabe des Staates, der Gesellschaft und aller Bürger, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung unterstützen. Zwar ist der Themenbereich Antisemitismus in dem vom BAMF verbindlich vorgegebenen „Curriculum für einen bundesweiten Orientierungskurs“ bereits Bestandteil der Integrationskurse. Den Lehrkräften steht allerdings insbesondere im Rahmen des Moduls I zu „Verfassungsprinzipien“ und „Grundrechte im Grundgesetz“ sowie des Moduls III zu „Toleranz und Zusammenleben“ und „Religiöse Vielfalt“ offen, auf regionalgeschichtliche Beispiele intensiver einzugehen. Gerade in Berlin halten wir es für notwendig, dem Thema Antisemitismus eine größere Bedeutung zukommen zu lassen. Der Kampf gegen den Antisemitismus und die Pflege der besonderen deutsch-israelischen Freundschaft sind vor dem Hintergrund der deutschen und vor allem Berliner Geschichte eine herausgehobene gesellschaftliche Aufgabe.

Berlin, 06. August 2019

Dregger Seibeld
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU